

„Es fehlt die Sichtbarkeit“

In NRW sind Frauen öfter von Gewalt betroffen. Was sich laut Experten ändern muss

Anna Schlichting

An Rhein und Ruhr. Ihr Lebensgefährtin lauert ihr auf, als sie aus der Kirche kommt. Dann übergießt er die 33-Jährige mit einem Fünf-Liter-Benzinkanister und zündet sie an. Die aus Uganda stammende Marathon-Läuferin Rebecca Cheptegei, die noch vor drei Wochen an den Olympischen Spielen in Paris teilgenommen hatte, erliegt später ihren schweren Verletzungen. Wenige Tage zuvor: Eine 36-jährige Mutter von vier Kindern wird in Berlin von ihrem Ex-Mann getötet, kurz darauf ersticht ein Mann seine 28-jährige Ex-Partnerin, ebenfalls in der deutschen Hauptstadt. Alles in der vergangenen Woche.

Wer denkt, Taten wie diese passierten nur im weit entfernten Kenia oder in Berlin: Im Oktober 2023 werden Alia A. und ihr sieben Monate alter Sohn in Duisburg-Walsum von Mann und Vater überfahren, die junge Mutter danach zu Tode geprügelt. Und nur wenige Monate ist es her, dass in Hünxe eine 50-jährige Imbissbesitzerin mutmaßlich von ihrem Ehemann mit 27 Messerstichen getötet wird. Das einzige Motiv: Er verdächtigte sie, ihm untreu geworden zu sein.

Gestiegene Nachfrage

Dass es sich bei diesen Taten um keine Einzelfälle handelt, weiß Martina Schmitz. Sie ist Geschäftsführerin des Dachverbands der autonomen Frauenberatungsstellen in Nordrhein-Westfalen. „Aus unseren Erfahrungen und Berichten der Beratungsstellen wissen wir, dass die Fallzahlen von Gewalt gegen Frauen, die häufig eine Vorstufe zu Femiziden darstellen, zugenommen haben“, erklärt sie im Gespräch mit unserer Redaktion. „Die Frauenberatungsstellen verzeichnen eine gestiegene Anfrage für Beratung bei Gewalt in Beziehungen und berichten auch, dass die Qualität der angewendeten Gewalt deutlich gestiegen ist.“

155 Frauen wurden 2023 nach Angaben des Bundeskriminalamts (BKA) deutschlandweit durch ihren Partner oder Ex-Partner getötet. Also statistisch fast jeden zweiten Tag eine Tat. Ein Jahr zuvor waren es 133 Frauen. Seit 2015 erstellt das BKA kriminalistische Auswertungen zur Partnerschaftsgewalt in Deutschland, Zahlen für NRW liegen hingegen nicht vor. „Ein Problem“, wie Aysel Sirmasaç, ebenfalls Geschäftsführerin des Dachverbands, erklärt. Der Grund: „Da das Tatmotiv bisher in der polizeilichen



Oft werden Frauen von (Ex-)Partnern angegriffen oder sogar umgebracht. Bundesweit steigen die Fallzahlen von Femiziden an.

DPA

Kriminalstatistik (PKS) nicht zu erfassen ist, ist eine Auswertung dieser Taten und damit eine Unterscheidung zu anders motivierten Tötungsdelikten zum Nachteil von Frauen, wie etwa aus Motiven wie Habgier oder zur Verdeckung anderer Straftaten, derzeit nicht möglich“, erklärt eine Sprecherin des Landeskriminalamts NRW.

Zurzeit seien mehrere Gremien auf Bundesebene, an denen sich auch NRW beteiligt, sowohl mit der Erarbeitung eines „gemeinsamen“ Begriffsverständnisses und der Definition des Wortes „Femizid“ als auch mit der „Optimierung etwaiger Erfassungsmöglichkeiten in den polizeilichen Statistiksystemen“ beschäftigt. „Hierdurch soll zukünftig ermöglicht werden, dass Fallzahlen dargestellt, Entwicklungen festgestellt und entsprechende präventive Maßnahmen zielgerichtet angepasst werden können“, so die Sprecherin weiter.

Ein Schritt, den auch der Dachverband autonomer Frauenberatungsstellen in Nordrhein-Westfalen begrüßt. „Es fehlt die Sichtbarkeit“, beklagt Sirmasaç. So sei die Erfassung von Femiziden wichtig, um das Ausmaß des Problems klarer zu machen. Die Erfassung er-

Gewalt: Zahlen steigen kontinuierlich

Seit Jahren nehmen die Fälle von **häuslicher Gewalt** in Nordrhein-Westfalen zu. Im Jahr 2022 wurden im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt in NRW rund 58.600 Fälle polizeilich bekannt – 9,7 Prozent mehr als im Vorjahr. Auch die Zahl der Opfer häuslicher Gewalt in NRW ist im Vergleich zum Vorjahr um 8,9 Prozent gestiegen. Waren es im Jahr 2021 noch 58.628 Betroffene, stieg die Zahl im Jahr 2022 auf 63.853. 72 Prozent der Opfer waren da-

bei weiblich, wie aus dem Lagebild des nordrhein-westfälischen **Landeskriminalamts** (LKA) zur häuslichen Gewalt hervorgeht. Bei mehr als der Hälfte der Delikte handelte es sich um vorsätzliche einfache Körperverletzung. In knapp einem Viertel der Fälle kam es zu psychischer Gewalt wie Bedrohung, Nötigung oder Stalking. Insgesamt 54 Opfer wurden dem Lagebild zufolge 2022 in NRW durch häusliche Gewalt getötet.

verwendet werden, wenn es um die Tötung einer Frau geht. „Der Begriff Beziehungsdrama verharmlost das Ausmaß und die Ernsthaftigkeit von Femiziden und Gewalt gegen Frauen. Femizide sind keine ‚Dramen‘, sondern Ausdruck von tödlicher Gewalt gegen Frauen aufgrund ihres Geschlechts. Eine solche Wortwahl verschleiert die Machtstrukturen und die systemische Gewalt hinter den Taten und trägt zur Entpolitisierung des Themas bei.“ Präventiv will nun auch Bundes-

familienministerin Lisa Paus vorgehen. „Unser Land hat ein massives Gewaltproblem gegen Frauen. Das muss aufhören“, sagte die Grünen-Politikerin nach den Taten der vergangenen Woche in Berlin. Das sogenannte Gewalthilfegesetz, das sich derzeit noch nicht im Gesetzgebungsverfahren befindet, soll Abhilfe leisten. Es soll allen Frauen, die von Gewalt betroffen sind, einen Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung bei geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt einräumen.

Auch der Dachverband autonomer Frauenberatungsstellen NRW fordert ein solches Gewalthilfegesetz. Laut Schmitz brauche es außerdem eine bessere Finanzierung und den Ausbau von Frauenhäusern und Beratungsstellen in NRW, eine konsequentere Strafverfolgung bei häuslicher Gewalt, die verbesserte personelle Ausstattung sowie Sensibilisierung und Schulung der Polizei und Justiz, um Gewalt gegen Frauen „als solche frühzeitig zu erkennen, ernst zu nehmen und entsprechend im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten zu handeln“. Denn: „Jede Frau, die von ihrem Partner oder Ex-Partner umgebracht wird, ist eine Frau zu viel“, so Martina Schmitz abschließend.

Extra Drei

Allein im Restaurant



Jonas Erenkämper

Neulich war ich in der Stadt unterwegs und hatte Hunger. Also betrat ich ein Restaurant, setzte mich an einen kleinen Tisch in der Ecke und bestellte eine Suppe. Ohne Begleitung essen ist wie alleine ins Kino – für manche völlig normal, für andere unangenehm. Ich gehöre zu Kategorie zwei und genierte mich, als die Kellnerin mit flinken Fingern das überflüssige Gedeck vom Tisch angelte. Reich, dachte ich schuldbehaftet, wird das Lokal mit meiner Minibestellung nicht.

Für die Furcht vor dem Alleinsein in der Öffentlichkeit gibt es sogar einen Fachbegriff – Solomangaphobia. Gestern las ich eine Statistik, wonach sich Gastronomen an uns gewöhnen sollten. Denn wir werden immer mehr: Die Zahl der Tischreservierungen für Einzelpersonen ist in den vergangenen zwei Jahren in Deutschland um 18 Prozent gestiegen. Super, endlich genussvoll tafeln, ohne angestrengt einem Gespräch folgen zu müssen! Die Solo-Speisenden müssen nur lernen, ihren Kopf auszuschalten, statt sich grübelnd die Frage zu stellen: Was denkt wohl das Personal, warum ich hier mutterseelenallein herumhocke? Um mein schlechtes Gewissen zu beruhigen, habe ich mir die Sympathie der Kellnerin mit reichlich Trinkgeld erkaufte. Kohle macht nicht glücklich, löst aber einige Probleme.



Victoria Jones / dpa

Die gute Nachricht

600.000 Euro für Fossilienammlung

Münster. Die Zukunft der Fossilienammlung des Dobergmuseums in Bünde ist gesichert: Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) plant die Übernahme. Für Personal und Sachkosten wolle man knapp 600.000 Euro jährlich zur Verfügung stellen, erklärte der LWL in Münster. Die Sammlung solle in ihrem Gebäude in Bünde bleiben. Der Beschlussvorlage des LWL-Kulturausschusses muss der Landschaftsausschuss am 24. September noch zustimmen.

Gewinnquoten

Lotto am Samstag
Kl. 1: unbesetzt (Jackpot: 6.296.912,10 €);
Kl. 2: 1.206.100,40 €;
Kl. 3: 14.932,60 €;
Kl. 4: 4.312,40 €;
Kl. 5: 222,30 €;
Kl. 6: 50,50 €;
Kl. 7: 23,80 €;
Kl. 8: 11,00 €;
Kl. 9: 6,00 €.
Super 77 – Kl. 1: 3.577.777,00 €.
Super 6 – Kl. 1: 100.000,00 €.
 (ohne Gewähr)

seitedrei@nrz.de
 facebook.com/NRZ.de

Solingen-Attentäter: Rekonstruktion einer Radikalisierung

50-köpfige Ermittlungskommission will nachzeichnen, wie Issa al H. im Auftrag des islamischen Staates mordete. Reul stützt Paul

Tobias Blasius

Düsseldorf. Zwei Wochen nach dem Messer-Attentat von Solingen versuchen die Sicherheitsbehörden weiterhin, die islamistische Radikalisierung des tatverdächtigen Syers Issa al H. nachzuvollziehen. „Die Frage, wie und wann sich der Täter radikalisiert hat, treibt uns alle um“, sagte NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) am Donnerstag im Fachausschuss des Düsseldorfer Landtags.

Zu den seit Tagen kursierenden Gerüchten, der spätere Attentäter habe bereits in seinem Wohnheimzimmer in der Flüchtlingseinrichtung Solingen eine Fahne des Islamischen Staates (IS) aufgehängt,

sagte der Minister: Man habe inzwischen mehr als die Hälfte aller Mitbewohner gefragt, „von denen hat keiner die Flagge gesehen“. Eine 50-köpfige Ermittlungskommission beim Polizeipräsidium Düsseldorf vernehme zurzeit Zeugen, suche nach potenziellen Kontaktpersonen und werte Spuren aus. Von rund 900 eingegangenen Hinweisen würden 400 weiterverfolgt. Allein 100 Videos und 250 Bilder müssten geprüft werden, so Reul.

Besonders das nach der Tat verbreitete IS-Bekennervideo werde intensiv begutachtet. „Vor allem, ob dem Täter damit tatsächlich eine IS-Mitgliedschaft nachgewiesen werden kann“, so Reul. Unklar sei eben-



Josefine Paul (Grüne) ist derzeit scharfer Kritik ausgesetzt. CHRISTOPH REICHWEIN / DPA

falls noch, was der Syrer zwischen der Messerattacke auf dem Solinger Stadtfest und seiner Festnahme anderntags im Umfeld der Flüchtlingseinrichtung gemacht habe: „Das sind etwa 24 Stunden, die uns fehlen“, sagte der Minister.

Reul stellte sich zugleich vor seine unter Druck geratene Kabinettskollegin Josefine Paul (Grüne). Die für

Asylfragen zuständige Flüchtlingsministerin war nach der Tat tagelang abgetaucht, obwohl es sich bei dem Syrer um einen ausreisepflichtigen Asylbewerber handelte, der gar nicht mehr hätte in Deutschland sein dürfen. Er habe Paul am Sonntagmorgen nach der Tat um etwa 8.30 Uhr eine SMS geschrieben und um ein Telefonat gebeten. Reul wollte die Grünen vorwarnen, dass der gefasste Täter ihren Ressortbereich betrifft, nannte aber in der SMS kein Thema. „Weil ich dachte, auch mein Telefon ist nicht immer 100-prozentig sicher“, begründete Reul. Paul war auf Dienstreise in Frankreich, das Telefonat kam nicht zustande. Später waren die Fakten oh-

nehin presseöffentlich, und nachmittags lud Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) das Kabinett zu einer digitalen Krisensitzung. Dort seien alle Informationen, die vorlagen, ausgetauscht worden. Die Ministerin blieb dem Tatort jedoch fern und stellte sich erst vier Tage später vor die Kameras, was ihr viel Kritik einbringt.

Reul nahm die Kollegin, die für schwere Behördenfehler bei der gescheiterten Abschiebung geradestehen muss, demonstrativ in Schutz: „Was hätte denn die Frau Paul am Freitagabend oder am Samstag in Solingen tun sollen? Da war die überhaupt nicht zuständig, das war mein Job.“